

- Jeder Bürger hat das Eingabenrecht gemäß Artikel 103 der Verfassung

**ARTIKEL 30** - Jeder Bürger ist berechtigt, sich an den Beschwerdeausschuß der zuständigen Volksvertretung zu wenden, um die Überprüfung einer Entscheidung des örtlichen Staatsorgans herbeizuführen (Artikel 105)

- Jeder Bürger hat die Möglichkeit, die Staatsanwaltschaft oder die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion zu ersuchen, ihm im Rahmen ihrer Aufsicht über die Einhaltung der Gesetze und ihrer Kontrollpflicht und mit ihrer Autorität Schutz zu gewähren

- Jeder Bürger ist berechtigt, die Entscheidung gesellschaftlicher oder staatlicher Gerichte wegen Verletzung seiner Persönlichkeit und Freiheit zu erwirken

- Wird einem Bürger durch ungesetzliche Maßnahmen von Mitarbeitern der Staatsorgane Schaden zugefügt, so haftet das staatliche Organ, dessen Mitarbeiter den Schaden verursacht hat (Artikel 106 der Verfassung).

Darüber hinaus bietet das System der sozialistischen Demokratie dem Bürger vielfältige Möglichkeiten, um Beeinträchtigungen seiner Persönlichkeit zu begegnen. Dazu gehören z. B. die Unterstützung durch den im Wohngebiet wirkenden Abgeordneten oder durch die gewerkschaftlichen Organe, besonders bei Beeinträchtigungen im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis, sowie die Hilfe durch die Presseorgane.

#### **GESETZLICHE BESTIMMUNGEN**

**Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik - StGB - vom 12. Januar 1968 (GBl. I S. 1)**

**Strafprozeßordnung der Deutschen Demokratischen Republik - StPO - vom 12. Januar 1968 (GBl. I S. 49)**

**Gesetz vom 12. Januar 1968 über den Vollzug der Strafen mit Freiheitsentzug und über die Wiedereingliederung Straftatlassener in das gesellschaftliche Leben (Strafvollzugs- und Wiedereingliederungsgesetz) - SVWG - (GBl. I S. 109)**

**Gesetz vom 17. April 1963 über die Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I S. 57)**

**Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 30. Januar 1961 über die weitere Entwicklung der Rechtspflege (GBl. I S. 1)**

**Beschluß des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Mai**